

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 25 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 1. April 1950

Seite 1

A II e 4 Bundestag

Die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages

Die Frage der Diäten der Bundestagsabgeordneten ist — nicht nur in den Kreisen der Unionsfreunde — Gegenstand lebhafter Erörterungen. Wir haben uns wiederholt mit diesem Thema befaßt (vergl. N. 21 vom 18. März) und dabei darauf hingewiesen, daß mit einer gesetzlichen Regelung der Entschädigungen zu rechnen sei. Dem Parlament lag hierzu in seiner Sitzung vom 27. März ein Gesetzentwurf vor, der als gemeinsamer Antrag von den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der DP, der BP und des Zentrums als Drucksache Nr. 704 eingebracht worden war. Die Vorlage wurde nach kurzer Beratung an den Haushaltsausschuß überwiesen. Von den Ausschußberatungen und den beiden folgenden Lesungen im Bundestag wird die endgültige Festsetzung der Diäten abhängen. Um Mißdeutungen zu begegnen und Verdächtigungen seitens der politischen Gegner zu widerlegen, haben wir uns entschlossen, den Gesetzentwurf im Wortlaut zu veröffentlichen.

Entwurf eines Gesetzes über die

Entschädigung der Mitglieder des Bundestages

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Die Mitglieder des Bundestages erhalten:

1. für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Bundestag und die folgenden acht Tage, im Falle einer Neuwahl des Bundestages jedoch bis zum Ablauf des achten Tages nach der Wahl des neuen Bundestages, das Recht der freien Benutzung aller Verkehrsmittel der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Post,
2. vom Tage des ersten Zusammentritts des Bundestages bis zum Tage der Neuwahl eine Aufwandsentschädigung von monatlich DM 600,—; die Aufwandsentschädigung ist im voraus zu zahlen,
3. Ersatz für ihre Auslagen in Höhe von monatlich DM 100,— und darüber hinaus gegen Nachweis bis zur Höhe von weiteren DM 200,—. Zu den Aufwendungen gehören auch die Ausgaben, die den Mitgliedern des Bundestages durch ihre politische Tätigkeit in ihrem Wahlkreis oder Landeswahlkreisverband erwachsen.

(2) Mitglieder, die nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages eintreten, erhalten die Aufwandsentschädigung von dem Tage vor ihrem Eintritt an. Mitglieder, die vorzeitig ausscheiden, erhalten sie bis zu dem Ende des Monats, in dem sie ausgeschieden sind.

§ 2

(1) Zur Abgeltung ihrer Auslagen für die Teilnahme an Sitzungen des Bundestages, seiner Ausschüsse, der Fraktionen und der Fraktionsvorstände erhalten die Mitglieder des Bundestages für jeden Tag ihrer Anwesenheit, die durch die Anwesenheitslisten nachgewiesen ist, ein Tagegeld von DM 30,—.

Falls ein Abgeordneter einen Kraftfahrer beschäftigt, erhält dieser für jeden Tag seiner Anwesenheit am Bundessitz, jedoch nur an solchen Tagen, an denen der Abgeordnete Tagegeld empfängt, ein Tagegeld von DM 15,—. In diesem Fall ermäßigt sich das Tagegeld des Abgeordneten auf DM 25,—.

(2) Tagegeld wird auch gewährt für die Teilnahme an Besprechungen, Besichtigungen und Reisen, zu denen vom Bundestag oder von einer Obersten Bundesbehörde eingeladen ist.

(3) Das gleiche gilt weiter für die Tage, an denen die Tätigkeit eines Fraktionsvorsitzenden oder seines Stellvertreters, der Vorsitzenden der Ausschüsse oder das Referat eines Berichterstatters oder Mitberichterstatters die Anwesenheit am Sitz des Bundestages erfordert.

(4) Das gleiche gilt für die zur An- und Abreise notwendige Tage sowie für Ueberbrückungstage, die zwischen zwei Sitzungstagen liegen mit folgender Maßgabe:

Mitglieder, deren Wohnort bis zu 50 Luftkilometer vom Bundessitz entfernt liegt, haben keinen Anspruch auf Tagegelder für An-, Abreise- und Ueberbrückungstage. Mitglieder, deren Wohnort mehr als 50 bis zu 250 Luftkilometer vom Bundessitz entfernt liegt, haben Anspruch auf halbe Tagegelder für An- und Abreisetage und, falls ein Tag zwischen zwei Sitzungstagen liegt, auf ein Ueberbrückungsgeld. Mitglieder, deren Wohnort mehr als 250 Luftkilometer vom Bundessitz entfernt liegt, haben Anspruch auf je ein volles Tagegeld für An- und Abreisetage und, falls bis zu zwei Tagen zwischen zwei Sitzungen liegen, auf bis zu zwei Ueberbrückungstagegelder.

Die gleiche Regelung gilt für die Kraftfahrer.

§ 3

(1) Für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Bundestages der Vollsitzung ferngeblieben ist, wird von der Aufwandsentschädigung ein Betrag in Höhe von DM 30,— abgezogen.

(2) Dieser Abzug findet nicht statt, wenn das Mitglied am gleichen Tag an der Sitzung eines Ausschusses als Mitglied oder in Stellvertretung teilgenommen hat, oder wenn das Fernbleiben durch Krankheit oder durch Tätigkeit im Interesse des Bundestages oder der Bundesrepublik Deutschland entschuldigt ist. Die Entschuldigung muß spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Vollsitzung im Büro des Präsidenten eintreffen. In besonderen Fällen kann eine nachträgliche Entschuldigung vom Präsidenten zugelassen werden. Der Präsident kann im Benehmen mit dem Ältestenrat nähere Bestimmungen über den Nachweis der Abwesenheit erlassen.

(3) Wer an einer namentlichen Abstimmung ohne Entschuldigung gemäß Absatz 2 nicht teilnimmt, gilt als abwesend, auch wenn seine Anwesenheit sonst nach den Bestimmungen über ihren Nachweis festgestellt ist.

§ 4

Ein Mitglied des Bundestages darf, wenn es auch Mitglied einer anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist und beide Körperschaften am gleichen Tage versammelt sind, nur bei einer dieser Körperschaften Sitzungsgeld beziehen. Auch darf es in dieser Eigenschaft während der Dauer seiner Berechtigung zur Freifahrt keine Eisenbahnfahrkosten annehmen.

§ 5

Für die Benutzung eines Kraftwagens zwischen Wohnsitz und Bundessitz erhält das Mitglied des Bundestages für jeden gefahrenen Kilometer eine Entschädigung von DM 0,25; jedoch höchstens für vierundzwanzig Fahrten hin und zurück während eines Etatjahres. Für die Zeit vom 7. September 1949 bis zum 31. März 1951 können bis zu vierzig Fahrten verrechnet werden. Daneben erhalten die Mitglieder des Bundestages Ersatz für Autospesen bei Fahrten in ihrem Wahlkreis oder Landeswahlkreisverband von DM 200,— monatlich.

§ 6

Der Präsident des Bundestages kann mit Zustimmung des Haushaltsausschusses die Mitglieder des Bundestages gegen Unfall versichern lassen.

§ 7

Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist unzulässig. Die Ansprüche aus diesem Gesetz sind nicht übertragbar.

§ 8

(1) Stirbt ein Mitglied des Bundestages, so erfolgen die Zahlungen an den Ehegatten oder sonst an Hinterbliebene, ohne daß ein Erbrecht nachgewiesen zu werden braucht. An wen die Zahlungen zu leisten sind, bestimmt der Präsident des Bundestages.

(2) Es werden gezahlt die für den Sterbemonat anfallenden Vergütungen; ferner die Aufwandsentschädigungen nach § 1 Absatz 2 und 3 bis zum Ende des dritten Kalendermonats, der auf den Monat folgt, in dem das Mitglied des Bundestages verstorben ist.

A VI Sowjetzone

Mißbrauch der Freiheit durch SED-Agenten

Der Vorschlag des Bundeskanzlers zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen hat in der ganzen zivilisierten Welt vollste Anerkennung gefunden. Erwartungsgemäß war das Echo besonders eindrucksvoll im deutschen Volke selbst. Von den Deutschen der Ostzone ist der Vorschlag des Kanzlers, obgleich ihn der kommunistische Rundfunk totschwiegel, als ein Leuchtturm in den Wogen der Uneinigkeit und der künstlich aufgebauten Gegensätze bezeichnet worden. Der für den 16./17. April angekündigte Besuch Dr. Adenauers in Berlin wird diesen Eindruck noch wesentlich vertiefen. Die Einheitsschreier der SED hat der Vorschlag vor eine klare Entscheidung gestellt.

Diese Entscheidung ist schneller gefallen, als man von einer „Regierung“ erwarten konnte, die für sich in Anspruch nimmt, der Einheit Deutschlands zu dienen. Schon 24 Stunden nach Veröffentlichung des Bonner Programms hat der Pressechef der Ostzonenregierung, Norden, die Vorschläge als „Unsinn“ abgetan und damit der kommunistischen Presse das Stichwort für die Kommentierung gegeben. Prompt bezeichnete die „Berliner Zeitung“ den Vorschlag Dr. Adenauers als „reine Hochstapelei“; das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ behauptete, es lohne nicht, auf den Vorschlag der Bundesregierung einzugehen. Der SED-Pressedienst spricht sogar von einem „erneuten schamlosen Betrugsversuch am deutschen Volke.“ Daß in diesem höhnischen Chor das Organ Nuschkes, die „Neue Zeit“, nicht fehlen will, ist bei dem bekannten Abhängigkeitsverhältnis der Ost-CDU zur SED nicht verwunderlich. In einer offiziellen Verlautbarung spricht der Politische Ausschuß des Hauptvorstandes von einem „politischen Manöver der Ablenkung“, um dann umso kräftiger für die Stärkung der „Nationalen Front“ und für ein gemeinsames Wahlprogramm für die ostsektoralen Herbstwahlen zu plädieren.

Da diese Ablehnungen sich vollinhaltlich mit der Auffassung der Ostzonenregierung decken, bleibt als vorläufig letzte Hoffnung eine etwaige Außenministerkonferenz der Großen Vier, um die sich gegenwärtig die westlichen Alliierten mit sichtbarem Eifer bemühen. Es ist durchaus denkbar, daß Moskau einer solchen Zusammenkunft und am Ende auch gesamtdeutschen Wahlen zustimmen wird — wenn es den Zeitpunkt dazu für gekommen erachtet. Vorerst beschränkt sich die Sowjetunion und ihre Willensvollstreckerin,

§ 9

(1) Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. September 1949 in Kraft.

(2) Nach- und Rückzahlungen für bisherige abweichende Regelungen erfolgen nicht, außer zugunsten der im § 8 genannten Personen.

Bonn, den 23. März 1950

Schröter
und Fraktion
Dr. Mühlendorf
und Fraktion

Ollenhauer
und Fraktion
Dr. Seelos
und Fraktion

Dr. Schäfer
und Fraktion
Frau Wessel
und Fraktion.“

die SED, darauf, Zeit zu gewinnen, um in Deutschland den Boden für solche gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten. Unter diesem Aspekt muß nicht nur die totale Einschmelzung der Blockparteien in die SED, sondern auch die immer lebhaftere Werbung für die „Nationale Front“ im Gebiet der Bundesrepublik betrachtet werden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, wenn man diese Bemühungen als eine Art Wahlkampf mit östlichen Vorzeichen bewertet.

Man kann allerdings ein gewisses Erstaunen darüber nicht verbergen, mit welcher Dreistigkeit offizielle Vertreter der SED zur Zeit in Westdeutschland ihr politisches Handwerk treiben, Pressekonferenzen veranstalten und Interviews gewähren. Am 26. März tauchte der thüringische Finanzminister Dr. König in Kassel auf, wo zwar ein Verbot des hessischen Innenministers ihn an einer öffentlichen Rede hinderte, wo aber das vorbereitende Komitee für die Einheit Deutschlands im Handumdrehen eine Pressekonferenz improvisierte, vor der König dann in aller Ruhe erklärte, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur unter dem Vorzeichen der „Nationalen Front“ vor sich gehen könne. König betonte weiter, daß der Idealismus nicht in die Politik passe, daß die Oder-Neiße-Linie unantastbar sei und die Garantie für den Frieden biete. Er äußerte ferner die Absicht, in einer Reihe anderer hessischer Städte zu sprechen.

Wir freuen uns in einer Demokratie zu leben, die auch denen weitgehende Freiheit gewährt, die nicht mit allem und jedem einverstanden sind, was gesagt oder getan wird. Wir sind aber der Auffassung, daß im Falle König mit der demokratischen Freiheit in unverantwortlicher Weise Schindluder getrieben und Anstand als Dummheit ausgelegt wird. Wir wollen nicht danach fragen, was mit einem CDU-Politiker in der Ostzone geschehen würde, der es wagen sollte, dort für die Ideen der westlichen Demokratie öffentlich einzutreten. Der Vorfall von Kassel steht indessen nicht vereinzelt da. Er ist nur ein Glied in der Kette der Wühlarbeit die die „Nationale Front“ und ihre Zutreiber im kommunistischen wie im bürgerlichen Lager für die Einheit Deutschlands seit Wochen im Westen treiben — solange treiben, bis in der sowjetischen Betrachtungsweise die Zeit für gesamtdeutsche Wahlen reif ist. Hier gilt nur eines: Jene umstürzlerischen Elemente, deren Taktik nicht weniger gefährlich ist als die „Offene Aktion“, so zu behandeln, wie es der Schutz der demokratischen Freiheit erfordert!

C d Junge Union

Grundforderungen des Deutschlandrates der Jungen Union

Der Deutschlandrat der Jungen Union, der sich aus dem Landesvorsitzenden der Jungen Union zusammensetzt, tagte am 25./26. März unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Josef Duffhues in Anwesenheit des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller, von Bundes- und Landtagsabgeordneten in Würzburg. Der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Dr. Six, setzte sich mit der Bindung des Individuums an die Familie, an die nachbarliche Gemeinschaft, an Kirche und Staat auseinander und stellte folgende Grundforderungen der JU Deutschlands auf, die von der Versammlung gebilligt wurden:

1. Die verantwortliche Mitarbeit der Jungen Union an der Neuordnung des öffentlichen Lebens.
2. Den Vorrang der freien Persönlichkeit in der Politik und die Anerkennung des uneingeschränkten Persönlichkeits-Wahlrechtes und der geistigen Autorität in der Demokratie.
3. Die Erneuerung des geistigen und kulturellen Lebens

auf der Grundlage der christlichen Sittenlehre.

4. Einfachheit und Sparsamkeit in der Verwaltung und im öffentlichen Leben.
5. Die Ueberwindung der Bürokratie durch echte Selbstverwaltung in Gemeinde, Staat und Wirtschaft.
6. Die Sicherung der persönlichen, familiären und sozialen Existenz als Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik.
7. Einen gerechten Lastenausgleich zugunsten der Ostvertriebenen und aller Opfer des Krieges.
8. Die Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen.
9. Den gleichberechtigten Zusammenschluß der europäischen Staaten zur europäischen Union.

In einer Kundgebung der Jungen Union betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Franz Strauß, daß man das bayerische Schicksal nicht isolieren könne. Die Union sei der Abschluß der Reformation und der Gegenreformation. Den Bonner Staat müsse man

als Uebergangslösung betrachten. Der CSU-Generalsekretär wandte sich gegen den Mißbrauch der demokratischen Freiheit und forderte eine klare Haltung gegenüber den Besatzungsmächten. Deutschland müsse als gleichberechtigtes Glied in die europäische Völkergemeinschaft eingegliedert werden.

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Josef

Dufhues, setzte sich für die Neuordnung des öffentlichen Lebens auf der Grundlage der christlichen Glaubenslehre ein. Er unterstützte mit allem Nachdruck einen Antrag der CSU gegen die Doppelmandate, da durch diese eine zielbewußte Arbeit unmöglich sei. Daneben machte er auf gewisse Methoden im Bundestag aufmerksam, für die das Volk kein Verständnis habe.

C b Landesparteien

Landesparteitag der CDU Bremen

Der Landesverband Bremen hielt am 26. März unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Johannes Kühne seinen diesjährigen Parteitag ab, auf dem der erkrankte bisherige Vorsitzende Emil Rex einstimmig wiedergewählt wurde. In einem Telegramm an Dr. Adenauer drückte die Bremer CDU ihre Verbundenheit mit dem Bundeskanzler aus und versicherte ihm der vollen Unterstützung seiner Politik. Der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion, Ernst Müller-Hermann, legte dem Parteitag ein 16 Punkte umfassendes Aktionsprogramm vor, das nach eingehender Aussprache, in der vor allem die soziale Verpflichtung der CDU unterstrichen wurde, die einstimmige Billigung des Parteitages fand. Der Landesparteitag nahm eine Entschließung gegen die Beschränkungen des Schiffsbaues an (vgl. Nr. 24 vom 29. März). In einer zweiten Entschließung wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Regelung der Renten- und Pensionsansprüche der Ostvertriebenen einzusetzen, die die Gleichberechtigung der Heimatvertriebenen mit den Eingewanderten sicherstellt. Der Parteitag beauftragte die Vorstände der CDU, sich insbesondere darum zu bemühen, daß durch geeignete Maßnahmen die Bevölkerung mit der Arbeit und der Zielsetzung der CDU vertraut gemacht wird und daß vor allem den Mitgliedern Möglichkeiten eröffnet werden, mit denen sie auf die Politik der Partei ständigen unmittelbaren Einfluß ausüben können.

A III 3 Ausschüsse

Weitere Bundestagsausschüsse

Der Bundestag hat einen 21er Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Kraftstoffvertriebes eingesetzt. Ihm gehören von der CDU/CSU-Fraktion an: Degener, Dr. Frey, Lenz, Naegel, Neuburger, Stücklen, Schmitz und Dr. Schröder, als stellvertretende Mitglieder die CDU/CSU-Abgeordneten Blank und Leonard.

Dem gleichfalls vom Bundestag eingesetzten Sonderausschuß zur Prüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge gehören von der CDU/CSU-Fraktion die Abgeordneten Kemper und Graf Sprei an.

C c Ausschüsse

Landesfrauentag in Nordwürttemberg

Die CDU-Frauengruppe des Landesverbandes Nordwürttemberg veranstaltet am 23. April einen Landesfrauentag. Es ist das erste Mal, daß die Frauen sich außerhalb des Landesparteitages zu einer gemeinsamen Tagung aus dem ganzen Lande treffen. Die Zusammenkunft dient in erster Linie der Vorbereitung auf die in diesem Jahre stattfindenden Gemeinderatswahlen. Das Hauptthema lautet: Die Frau in der Kommunalpolitik. Außerdem wird Frau Bundestagsabgeordnete Rösch, Tübingen, über die Arbeit im Bundestag sprechen. Zur Erörterung stehen ferner Fragen organisatorischer Art.

A IV 7 a Allgemeines

Bürgschaften für Flüchtlingsbetriebe

Der Bundestag hat am 17. März zwei Anträgen der CDU/CSU zugestimmt. In dem ersten Antrag wird die Regierung ersucht, ehemaliges Eigentum des Reiches und des preußischen Staates, insbesondere ehemalige Munitionslager, Flugplätze, Truppenübungsplätze und andere militärische Anlagen in Bundeseigentum zu überführen und, soweit es dazu geeignet ist, zur Ansiedlung von Flüchtlingsbetrieben und von Heimatlosen zur Verfügung zu stellen. In dem zweiten Antrag wird die Regierung um die Vorlage eines Gesetzentwurfes ersucht, die den Bund ermächtigt, Bürgschaften für langfristige Kredite zur Ansässigmachung und Festigung von Flüchtlingsbetrieben zu übernehmen. Auch ECA-Mittel sollen diesen Zwecken zugewendet werden.

C b Landesparteien

Keine Fusion CDU/DP auf Bundesebene

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Heinrich von Brentano, erklärte, daß eine Fusion zwischen CDU/CSU und DP auf Bundesebene nicht geplant sei. Es bestehe gegenwärtig kein Grund, über die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition hinaus engere Bindungen einzugehen. Für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein müßten jedoch regionale Abmachungen getroffen werden, um bei den kommenden Landtagswahlen eine geschlossene Front gegenüber der SPD zu erreichen. — Die Parteileitung der DP erklärte, daß Gespräche in der von der CDU gewünschten Art erst dann stattfinden könnten, wenn die CDU nicht mehr mit der SPD in einer Regierung säße.

C b Landesparteien

Zentralausschuß der CDU hinter Dr. Gereke

Zentralausschuß und Landtagsfraktion der niedersächsischen CDU haben nach eingehender Beratung zum „Fall Gereke“ folgende Erklärung ausgegeben:

„Der Zentralausschuß der CDU und die Landtagsfraktion der CDU haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 24. März mit der politischen Lage und mit den verschiedenen Presseäußerungen über den Minister Dr. Gereke befaßt. Herr Dr. Gereke hat erklärt, daß er bisher auf dem Boden der CDU und ihrer politischen Zielsetzung steht. Er habe nie erklärt oder andere ermächtigt zu erklären, daß er beabsichtige, zu einer anderen politischen Gruppe herüberzuwechseln. Er werde nach wie vor entsprechend den Beschlüssen der zuständigen Parteinstanzen die Politik der Bundesregierung unterstützen. Der Zentralausschuß hat diese Erklärungen entgegengenommen und mißbilligt die von der „Kölnischen Rundschau“ vom 16. März und anderen Zeitungen gegen Dr. Gereke erhobenen Vorwürfe und weist sie schärfstens zurück.“

Die „Kölnische Rundschau“ hatte gegen Dr. Gereke den Vorwurf erhoben, daß er den Zusammenschluß der CDU mit der Deutschen Partei hintertrieben und damit der SPD Vor-schub geleistet habe.

C b Landesparteien

CDU-Protest gegen SPD-Gemeindeordnung

Die als „Lex Gayk“ bekannt gewordene, von der SPD-Mehrheit beschlossene Gemeindeordnung von Schleswig-Holstein hat die Landesleitung der CDU veranlaßt, auf Vorschlag des Kreisverbandes Stormarn in einer Erklärung zu der neuen Gemeinde- und Kreisordnung Stellung zu nehmen. In der Erklärung heißt es:

„Die Durchführung dieser Gesetze bürdet in jedem Fall den Gemeinden, Städten und Kreisen weitere unnötige erhebliche Unkosten auf. Sie dienen vor allen Dingen der Unterbringung von bestimmten, der SPD angehörenden Persönlichkeiten aus den kommunalen Körperschaften. Die CDU ist daher der Auffassung, daß die Durchführung dieser Gesetze hinausgeschoben werden muß, bis sie der neugewählte Landtag aufheben und bessere beschließen kann. Auch sind die Fristen zur Durchführung der beiden genannten Gesetze von der Landesregierung so kurz bemessen worden, daß die ordnungsgemäße Durchführung fast überall in Schleswig-Holstein auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird.“

C b Landesparteien

Wieder CDU-Bezirksverband Nordhessen

Der 1947 aufgelöste CDU-Bezirksverband Nordhessen wurde am 26. März in Kassel wieder gegründet. Die Gründung erfolgte aus organisatorischen Erwägungen innerhalb des Landesverbandes mit dem Ziele, der CDU in Nordhessen eine größere Stoßkraft zu sichern. Zum 1. Vorsitzenden wurde Regierungsrat Eduard Trabert, zum 2. Vorsitzenden Ernst Platner gewählt. Auf einem Bezirksparteitag am 23. April soll die neue Geschäftsordnung angenommen werden. Der neue Bezirksverband sprach sich dafür aus, daß eine Zehn-Prozent-Grenze für Splitterparteien im Wahlgesetz für die kommenden Landtagswahlen festgelegt wird und unterstützte die Ansicht der CDU-Landesleitung, die Zahl der künftigen Landtagsmandate herabzusetzen. Die Versammlungstätigkeit in Nordhessen soll in der nächsten Zeit wesentlich intensiviert werden.

A IV 7 c Wohnungsbau**Vorschüsse für sozialen Wohnungsbau und kommunale Bauvorhaben**

Die CDU-Fraktion des Hessischen Landtages hat dem Landtag zwei Dringlichkeitsanträge unterbreitet, durch die zu Lasten des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplanes 1950 22,5 Millionen Vorschüsse vom Lande Hessen gefordert werden. Für den sozialen Wohnungsbau sollen als Vorgriff auf die endgültige Bewilligung 15 Millionen DM sofort bereitgestellt werden. Zur Förderung der kommunalen Bauvorhaben (wie Schulen, Brücken, Gesundheitseinrichtungen) werden 7,5 Millionen DM für eine baldige Verteilung verlangt. Die endgültige Bewilligung dieser Mittel ist mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1950 durch den Landtag festzulegen. Für die Verteilung dieser Vorgriffsmittel werden als Richtlinien die für das Rechnungsjahr 1949 angewandten Maßstäbe vorgeschlagen, die nach Ansicht der CDU die Garantie dafür sind, daß die den Landkreisen und Gemeinden durch einen Bewilligungsausschuß des Landtages zur Verfügung zu stellenden Mittel schnell und zweckmäßig verwendet werden.

A IV b a Allgemeines**Minister Hilpert fordert nüchterne Sozialpolitik**

Auf einer Kreiskonferenz der CDU in Darmstadt erklärte der CDU-Landesvorsitzende, Finanzminister Dr. Hilpert, daß der Landtag mindestens drei Monate vor den kommenden Herbstwahlen keine neuen Gesetze mehr verabschieden sollte. Wenn er es dennoch tue, seien diese Gesetze für die Strafe geschaffen. In Zukunft müsse an Stelle des bisherigen schematischen Verfahrens eine völlig nüchterne Sozialpolitik betrieben werden. Dr. Hilpert kündigte eine Regierungsvorlage an, nach der Betriebe, die zusätzlich Lehrlinge einstellen, Entschädigungen erhalten sollen. Die vernünftige Berufsausbildung der Jugend sei eine der vordringlichsten Aufgaben. — Mit diesen Erklärungen wandte sich Minister Dr. Hilpert gegen die vom hessischen Bezirksparteitag der SPD erhobene Forderung, daß die SPD-Fraktion im Landtag alles tun müsse, um noch in dieser Legislaturperiode die Schulreform, das Gesetz über die Sozialgemeinschaften, über die Bodenreform und die Verwaltungsreform durchzuführen.

A IV 7 b Lastenausgleich**Grenzen des Lastenausgleichs**

Auf einer Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Landesverbandes Nordwürttemberg trat Bundesfinanzminister Dr. Schäffer dafür ein, daß das Problem des Lastenausgleichs noch in diesem Jahre gelöst werde. Er fügte jedoch hinzu, daß die endgültige Regelung nicht den Erwartungen entsprechen werde, die im Volke durch eine politische Agitation geweckt worden seien. Er gab zu bedenken, daß alle auf den Krieg und seine Folgen begründeten Ansprüche sich nicht gegen die Nazis oder gegen Hitler richten, sondern gegen das deutsche Volk, das wirtschaftlich in einen Konkurs geraten ist. In einem Konkurs ist aber auch der Rechtsanspruch nicht voll realisierbar. Einer Konkursmasse von 90 Milliarden stehen Ansprüche von 160 Milliarden und zusätzliche Forderungen ausländischer Gläubiger im Betrage von 42 Milliarden gegenüber. Dr. Schäffer betonte, die verfügbaren Mittel gestatteten es lediglich, den Erwerbsfähigen die Gründung einer neuen Existenz zu ermöglichen. Den Erwerbsunfähigen müsse soviel gegeben werden, daß sie sich als Menschen und nicht als Almosenempfänger fühlten.

C b Landesparteien**Tagung der CSU-Bezirksvorsitzenden**

Sämtliche Bezirksvorsitzende der CSU und die Vorsitzenden der CSU-Arbeitsgemeinschaften sind für den 1. April zur Vorbereitung der bayerischen Landtagswahlen zu einer Tagung nach München eingeladen worden.

C d Junge Union**Junge Union löst Hilde Körber ab**

Die Schauspielerinnen Hilde Körber hat aus beruflichen Gründen ihr Stadtverordnetenmandat in der CDU-Fraktion des Berliner Stadtparlamentes, das sie seit 1946 inne hatte, niedergelegt. An ihre Stelle tritt ein Vertreter der JU, Assessor Rudolf Luster, in das Stadtparlament ein.

A IV 8 a Allgemeines**Dr. Müller für wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenschluß**

Auf einer CSU-Kundgebung in Würzburg am 26. März erklärte der bayerische Justizminister Dr. Müller, er sei entschlossen, in der CSU wieder aktiv tätig zu werden. Er wolle sich im besonderen der Heimkehrer und der Kriegsverwehrteten annehmen, und er werde mit den russischen Behörden wieder verhandeln, wenn die Aussicht bestehe, daß den verurteilten Kriegsgefangenen dadurch geholfen werden kann. Dr. Müller befürwortete einen wirtschaftlichen Zusammenschluß von Ost- und Westdeutschland. Er sagte, die deutschen Politiker müßten nüchterner sein und dürften nicht aus ideologischen Gründen auf die Vorteile verzichten, die ein unbeschränkter gegenseitiger Handelsverkehr bringt. Eine Koalition mit der Bayernpartei hält Dr. Müller erst dann für möglich, wenn diese ein konkretes Sozialprogramm vorlege.

A IV 7 f Flüchtlingsorganisation**Gründung von Flüchtlingsparteien**

Die unabhängigen Bundestagskandidaten in Schleswig-Holstein, die am 31. Oktober v. J. in Rendsburg einen vorbereitenden Aktionsausschuß zur Bildung einer Flüchtlingspartei gründeten, aus dem dann später Kreisverbände einer neuen Flüchtlingsorganisation hervorgingen, sind zur Bildung einer Flüchtlingspartei unter dem Namen „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) übergegangen. Die Partei wird sich an den im Juni stattfindenden Landtagswahlen beteiligen. Das Programm fordert u. a. die beschleunigte Durchführung eines individuellen Lastenausgleichs. — Der WAV-Abg. Günter Goetzendorff gründete am 26. März in Nürnberg mit einigen Heimatvertriebenen aus dem „Neubürgerbund“ eine weitere Flüchtlingspartei, die als „Block der Heimatvertriebenen“ in die bayerischen Landtagswahlen eingreifen will. Der Block werde, wie Goetzendorff erklärte, weder den Kommunisten noch den Nationalisten Vorschub leisten. Auf einer Versammlung der neuen Partei in Fürth kam es zwischen Goetzendorff und Vertretern der SPD zu erregten Auseinandersetzungen.

A IV 1 g Presse**Veränderungen in der CDU-Presse**

Die „Hamburger Allgemeine“, die als „Zeitung für christliche und demokratische Erneuerung“ seit fünf Jahren unter maßgeblichem Einfluß des CDU-Vizepräsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Franz Beyrich, die Interessen der CDU in Hamburg vertrat, ist am 25. März in der „Hamburger Freien Presse“ aufgegangen. Der Verlust dieses weit über Hamburg hinaus angesehenen Organs ist für die gesamte CDU ein außerordentlich harter Schlag. — Die in Koblenz im Verlag des „Rheinischen Merkur“ erscheinende „Rheinische Landeszeitung“, die vor Jahresfrist die Rolle des CDU-Organs von Rheinland-Pfalz, „Der Westen“, übernahm, stellte am 1. April ihr Erscheinen ein. Der Landesverband beabsichtigt, noch vor den Landtagswahlen eine neue Zeitung zu schaffen. — Die „Neue Heimat“, Mitteilungsblatt des Flüchtlingssekretariates der hessischen CDU für Heimatvertriebene, Evakuierte und Fliegergeschädigte, stellt gleichfalls am 1. April ihr Erscheinen aus Gründen der organisatorischen Vereinfachung ein.

C d Junge Union**JU Stuttgart für kleine Koalition**

Die Stuttgarter JU hat an die CDU-Fraktion des württembergisch-badischen Landtages einen Offenen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Wer die Stimmung der Bevölkerung gegenüber Regierung und Landtag auch nur einigermaßen kennt, muß für den Ausgang der bevorstehenden Landtagswahlen von banger Sorge erfüllt sein. Es ist daher unumgänglich notwendig, daß sich die CDU-Fraktion in klarer Erkenntnis des Ernstes der Lage zu einer Entscheidung entschließt, die sowohl dem Ergebnis der Bundestagswahlen vom vergangenen Jahr wie den Erwartungen aller Staatsbürger, die noch an die Verwirklichung der Demokratie in Deutschland glauben, entspricht. Die CDU verliert in allen Ländern, die von einer großen Koalition regiert werden, laufend an Kredit. Ihre Beibehaltung erschwert die Arbeit der Bundesregierung, verhindert klare Verantwortlichkeit und dient letzten Endes nur den immer destruktiver werdenden Methoden der SPD.“